



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche wurde das Gesetz zur Tarifeinheit im Deutschen Bundestag diskutiert. Nach einer intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik, kam ich nicht zu der Überzeugung, dass das gewünschte Ziel erreicht werden kann, die Tarifautonomie zu sichern und den Betriebsfrieden zu stärken. Daher stimmte ich dem Gesetz nicht zu.

Es geht in dem Gesetz darum, strukturelle Ungleichheit der einzelnen Arbeitnehmer durch kollektives Handeln auszugleichen. Dabei sollen die verfassungsmäßigen Rechte der kleinen Gewerkschaften gewahrt bleiben. Generell sollen Gewerkschaften in einem Betrieb Tarifgemeinschaften bilden bzw. ihre Zuständigkeiten klären. Nur dann, wenn diese Zusammenarbeit nicht zustande kommt, kann eine Tarifpartei beantragen, dass die Mehrheitsverhältnisse gerichtlich festgestellt werden. Künftig kommt in diesem Fall nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft zur Anwendung, die in einem Betrieb die meisten Mitglieder hat. Die kleinere Gewerkschaft kann ihre Positionen vortragen. Außerdem erhält sie das Recht, den von der Mehrheitsgewerkschaft ausgehandelten Tarifvertrag nachzuzeichnen.

Für mich ist die Koalitionsfreiheit ein wesentliches Grundrecht, das nicht eingeschränkt werden darf. Kann eine Gewerkschaft keinen eigenen Tarifvertrag mehr abschließen und ihn ggf. per Streik erkämpfen, wird ihre Existenzgrundlage in Frage gestellt. Daraus folgt, dass wir eine Auseinandersetzung um die Mehrheiten in Betrieben bekommen, in denen Tarifkollisionen vorliegen. Die bislang vielfältig freiwillig funktionierende Zusammenarbeit von Gewerkschaften in Betrieben wird mit dem Gesetz auf eine Probe gestellt. Denn durch die gesetzliche Möglichkeit der Mehrheitsfeststellung geraten bislang funktionierende Kooperationen unter Druck. Die abschließende Bewertung, ob das Gesetz verfassungskonform ist, wird entsprechend zahlreicher Verlautbarungen vor dem Bundesverfassungsgericht geklärt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



#### KURZ UND BÜNDIG

**09. Mai** Vormittags  
Eröffnung des Steinway-  
Trails zwischen Wolfshagen  
im Harz und Seesen

**09. Mai** Nachmittags  
Abgeordneten-Grillfest des  
CDU-Ortsverbandes  
Ringelheim

**10. Mai** Festfrühstück des  
Männergesangsvereins Groß  
Vahlberg

#### DABEI SEIN – TERMINE

**25. Mai** Deutscher  
Mühlentag Bockwindmühle  
Abbenrode

**22. Mai** 19Uhr Traditionelles  
Spargelesen des CDU-  
Ortsverbandes Salzgitter  
Beddingen

**04. Juni** 18.30Uhr  
Traditionelles Spargelesen  
des CDU-Ortsverbandes  
Salzgitter Lebensstedt

**07. Juni** Schützenfrühstück  
des Schützenvereins  
Hemkenrode e.V. 1980 zum  
35 jährigen Jubiläum

**20. Juni** Bürgerdialog  
Standortsuche der  
Endlagerkommission in  
Berlin

Sie sind herzlich eingeladen!

## Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 8. bis 22. Mai 2015

**Verantwortung für unser Land.** Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages haben die drei Regierungsparteien zugleich versprochen, dem Land eine gute Regierung zu stellen. Und ja, diese Koalition kommt gut voran mit ihren Projekten. Seit 2005 sorgt die Union dafür, dass es dem Land und seinen Menschen gut und besser geht. Wir können einen milliardenschweren Nachtragshaushalt auflegen, ohne neue Schulden machen zu müssen. Wir organisieren enorme Zuwächse bei Bildung, Forschung und Investitionen. Und wir haben eine Bundeskanzlerin, die Deutschland sicher und ruhig führt und die die deutsche Stimme in Europa hörbar macht.

Dass die Opposition sich angesichts dieser Bilanz mit konstruktiven Vorschlägen für die Zukunft des Landes erkennbar schwer tut, ist kaum verwunderlich. Es ist enttäuschend, dass sie stattdessen allzu oft der Verlockung der Skandalisierung erliegt, statt sachlich an der Aufklärung offener Fragen mitzuwirken. Schließt sich ein Koalitionspartner diesem Muster an, ist das nichts, was der Sache dient oder die Menschen überzeugt. Jüngste Wahl- und Umfrageergebnisse sprechen da eine klare Sprache.

Die schrillen Töne der letzten Tage sind weder sachlich noch in der Form angemessen. Und sie beantworten keine einzige der Fragen, die im Untersuchungsausschuss oder dem Parlamentarischen Kontrollgremien zur Klärung anstehen. Wir wissen bereits, dass von der vielfach behaupteten millionenfachen und massenweisen Ausspähung nicht die Rede sein kann. Wir wollen noch wissen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen BND und NSA konkret gestaltet. Das lässt sich aber nicht auf dem offenen Markt diskutieren, sondern muss in den zuständigen Gremien geschehen. Vertraulichkeit ist für die Arbeit von Nachrichtendiensten unverzichtbar. Es dient unserem Land im Übrigen nicht, wenn Teile der SPD einen Antiamerikanismus pflegen.

Gleichzeitig kann unser Land auf die Arbeit von Nachrichtendiensten nicht verzichten. Und bei der Globalisierung auch des Terrors liegt auf der Hand, dass die Zusammenarbeit von Diensten befreundeter Staaten kein Skandal, sondern eine notwendige Selbstverständlichkeit ist. Die Sauerland-Gruppe etwa konnte nur durch die Zusammenarbeit der Dienste an der Umsetzung ihrer Terrorpläne gehindert werden. Es ist gut, wenn zügig wieder mehr Sachlichkeit in der Diskussion Platz greift.

Auch in dieser Debatte sollte unser Kompass unbeirrbar sein: Wir dienen dem Land und den Menschen. Für uns ist nicht die Partei oder das Ich das Wichtigste. Diese Grundausrichtung ist gerade in schwierigen Zeiten wichtig.



*Abgeordnete bei der namentlichen Abstimmung im Plenum*

**Konsolidieren und Investieren sind kein Gegensatz.** Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015, den wir in dieser Woche beschließen, legen wir die Verteilung des zehn Milliarden-Euro-Pakets für Zukunftsinvestitionen fest. Wir machen damit den Weg frei für konkrete Investitionsmaßnahmen der Bundesressorts in den Jahren 2016 bis 2018. Unsere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Infrastruktur, Energie und Umwelt. So sichern wir langfristiges Wachstum und machen Deutschland zukunftsfest.

Um den Kommunen einmal mehr kräftig unter die Arme zu greifen, verabschieden wir in dieser Woche das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und



### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Unterbringung von Asylbewerbern. Damit auch finanzschwache Kommunen investieren können, enthält es den neuen, mit 3,5 Milliarden Euro ausgestatteten „Kommunalen Investitionsförderungsfonds“, überdies eine Aufstockung der für 2017 vorgesehenen Kommunalentlastung von 1 Milliarde auf dann 2,5 Milliarden Euro sowie jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 zur Unterstützung der Länder und ihrer Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Mit dem Nachtrag steigen die Ausgaben 2015 um 3,5 von 299,1 auf 302,6 Milliarden Euro. Neue Schulden müssen dafür aber nicht gemacht werden. Der zugewonnene Spielraum beruht auf unserer Haushaltsdisziplin, gesunkenen Zinsausgaben, Bundesbankgewinn und Steuerermehreinnahmen. Konsolidieren und Investieren, das ist die Handschrift von CDU und CSU.



*Blumen vor dem Platz der Republik mit dem Reichstag im Hintergrund*

**Prinzipien des deutschen Bildungswesens stärken – Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung.** Unser Antrag, den wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion einbringen, hebt die Stärkung der beruflichen Bildung als zentrale Zukunftsaufgabe hervor. Nicht nur Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, sondern auch die persönlichen Lebens- und Berufsperspektiven junger Erwachsener profitieren von Deutschlands hervorragendem Berufsbildungssystem. Wir unterstreichen außerdem die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer

Bildung. Die Bundesregierung fordern wir unter anderem dazu auf, Ausbildungs- und Studienabbrüchen wirksamer vorzubeugen, den Übergang für Studienaussteiger in eine berufliche Aus- und Weiterbildung zu verbessern und Jugendliche und junge Erwachsenen mit Migrationserfahrung besser über das Prinzip der dualen Ausbildung zu informieren.

**Zweites Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.** Mit dem Gesetz, das wir parallel mit der Bundesregierung eingebracht haben, nehmen wir zusätzlich energieintensive Branchen wie Schmieden, Oberflächenveredler oder Härtereien in die Besondere Ausgleichsregelung des EEG auf. Darüber hinaus ermöglichen wir eine anteilige Direktvermarktung von erneuerbarem Strom auch bei solchen Anlagen, die über eine gemeinsame Messeinrichtung abgerechnet werden. Wir beraten und beschließen das Gesetz in zweiter und dritter Lesung.

**Strom muss bezahlbar bleiben.** Vor Deutschland liegen weitreichende Entscheidungen zur Zukunft der Energiewirtschaft. Im Jahr 2022 wird das letzte Kernkraftwerk in Deutschland abgeschaltet. Der Anteil erneuerbarer Energien wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Nur wenn die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden und alle Bundesländer an einem Strang ziehen, kann das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit erreicht und die Energiewende zum Erfolg gebracht werden. Aus diesem Anlass diskutierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Vertretern aus den Ländern über die aktuellen Vorhaben zur Gestaltung des Strommarktes und zum Netzausbau.

An der Veranstaltung, zu der der Energiebeauftragte der Unionsfraktion, Thomas Bareiß, eingeladen hatte, nahmen Kanzleramtschef Peter Altmaier, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs, der wirtschaftspolitische Sprecher Joachim Pfeiffer sowie die energiepolitischen Sprecher der CDU aus den

#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





Landtagen teil. Impulse lieferten der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), Hans-Joachim Reck, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Energieversorgers RWE, Rolf Martin Schmitz, und die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Hildegard Müller. Bis zum Jahr 2025 sollen die erneuerbaren Energien, deren Anteil am Strommarkt schon jetzt rund 25 Prozent beträgt, auf 40 bis 45 Prozent ausgebaut werden. Die Erzeugungsstruktur ändert sich. Konventionelle Kraftwerke müssen vorgehalten werden, um die schwankende Erzeugung regenerativer Energien auszugleichen. Der im Norden Deutschlands produzierte Strom aus Wind und Sonne muss nicht zuletzt zu den Verbraucherschwerpunkten im Westen und Süden transportiert werden.

Fuchs betonte, dass die von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorgeschlagene Klimaabgabe auf alte Kohlekraftwerke aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der falsche Weg sei, das Klimaschutzziel zu erreichen. Sie würde zu massiven Belastungen für ganze Industriezweige, zu höheren Strompreisen und einer Bedrohung für zehntausende Arbeitsplätze führen. Bareiß unterstrich: „Im Grundsatz muss gelten: ein Ziel – ein Instrument. Das Instrument zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Strommarkt ist der europäische Emissionshandel.“ Nationale Zusatzinstrumente seien kontraproduktiv. „Wir sollten vielmehr Anstrengungen in anderen Sektoren außerhalb des Stromsektors stärken.“ Die aktuelle Diskussion konzentrierte sich zu sehr auf den Strombereich und berücksichtigte unzureichend den Wärme- und Gebäudebereich.



*Peter Altmaier und Thomas Bareiß*

Die energiepolitischen Sprecher der CDU aus den Ländern betonten, gerade weil es in den Bundesländern unterschiedliche Interessen gebe, sei es umso wichtiger, dass die CDU geschlossen das Ziel der nachhaltigen, wachstumsfördernden und zukunftsweisenden Energieversorgung vorantreibe. Die Energiewende müsse die Handschrift der CDU tragen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Energieproduzenten und die Sicherstellung der Stromversorgung seien für alle Verbraucher, insbesondere die Wirtschaft, elementar.

Was den geplanten Strommarkt angeht, so erläuterte der Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier, die kritischen Punkte des aktuellen Vorhabens. Altmaier betonte, dass zeitnah die richtigen Weichen gestellt würden, um verlässliche Rahmenbedingungen für die kommenden Jahre zu schaffen.

## Besuchergruppen

**Der Hospizverein Wolfenbüttel auf Informationsfahrt in Berlin.** Das Leben eines Menschen bis zum Ende in Würde zu begleiten; dafür setzen sich die Mitglieder des Hospizvereins Wolfenbüttel ehrenamtlich ein. Diese wichtige und ehrenvolle Leistung in unserer Gesellschaft möchte ich gerne würdigen und habe daher die Mitglieder des Hospizvereins Wolfenbüttel nach Berlin eingeladen.

### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





*Der Hospizverein Wolfenbüttel auf der Kuppel des Reichstags*

Neben der Teilnahme an einem Informationsgespräch auf der Besuchertribüne des Deutschen Bundestages, stand ein Besuch der Kuppel des Reichstags auf dem Programm. Die Gruppe sprach zudem mit einem meiner Mitarbeiter über den Alltag eines Abgeordneten sowie über aktuelle politische Themen.

### Mittendrin im Wahlkreis 49

#### **Feierliche Eröffnung des Steinway-Trails.**

Am 09. Mai 2015 wurde feierlich der neue Steinway-Trail zwischen Wolfshagen und Seesen eingeweiht. Der 14 Kilometer lange Wanderpfad wurde als gemeinsames Projekt der Städte Langelsheim und Seesen umgesetzt und erinnert an den Geburtsort des Firmengründers Heinrich Steinweg. Der Wanderweg gibt entlang der idyllischen Strecke Auskunft über die Geschichte der Familie Steinway sowie über die Entwicklung des Klavierbaus. Hoch erfreut über diese Bereicherung für die Region, nahm Herr Lagosky gerne an der Eröffnung des Wanderweges teil. „Es ist schon etwas Besonderes wenn Kulturgeschichte und Naturerlebnis zusammen kommen. Daher habe ich gerne an der Einweihung teilgenommen“ so Lagosky.



*(von links nach rechts) Bürgermeister Erik Homann aus Seesen und Bürgermeister Ingo Henze aus Langelsheim, Bundestagsabgeordneter Uwe Lagosky, Wolfgang Keunecke Vorstand der Volksbank eG Seesen, Jochen Bremer vom Steinway-Verein Wolfshagen*

Weitere Informationen sind auf der Internetseite des Steinway-Trails zu finden: <http://steinway-trail.de>

**Abgeordneten BBQ gemeinsam mit der CDU Ringelsheim.** Am Samstag vor Christihimmelfahrt lud ich gemeinsam mit dem CDU-Ortsverband Ringelsheim zum jährlichen Abgeordneten-Grillfest im Gutshof Löwe. Als Ehrengast der Veranstaltung, danke ich insbesondere Klaus Löwe für die tolle Unterstützung und die Bereitsstellung seines Gutshofes.



*Uwe Lagosky eröffnen mit Klaus Löwe das Grillfest*



#### **Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

[uwe.lagosky@bundestag.de](mailto:uwe.lagosky@bundestag.de)



Mit gut 200 Besuchern war der Abend ein voller Erfolg. Für gute Stimmung sorgte neben der großen Auswahl an Gegrilltem, die Country Band ‚Texas Roads‘.

Fotos der BBQ-Party finden Sie in der Bildergalerie unter [www.uwe-lagosky.de](http://www.uwe-lagosky.de).



Die Fleischerei Schiller sorgte für ein breites Grillangebot

## Daten und Fakten

**Vielfalt als Chance.** Über 8,4 Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich (mehr) Arbeit, so das Statistische Bundesamt. Dazu zählen unter anderem Erwerbslose, viele Teilzeitbeschäftigte und Menschen mit Migrationshintergrund sowie die sogenannte ‚stille Reserve‘, beispielsweise viele ältere Arbeitslose, die für eine Vermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen, oder Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Umschulungen.

Der deutsche Arbeitsmarkt wird für internationale Fachkräfte immer attraktiver. 2012 zogen aus den europäischen Nachbarländern 623.000 Personen zu. Ein Großteil der Zuwanderer aus der EU ist jünger und besser gebildet als die heimische Bevölkerung, laut dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Daneben kamen laut Migrationsbericht allein 27.000 Hochqualifizierte aus Staaten außerhalb der EU bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes zum Arbeiten nach Deutschland.

16 Millionen beziehungsweise jeder fünfte Einwohner Deutschlands hat einen

Migrationshintergrund. Knapp ein Drittel davon wurde in Deutschland geboren und die Hälfte ist im erwerbsfähigen Alter. Allerdings sind Menschen mit Migrationshintergrund doppelt so häufig arbeitslos gemeldet als solche ohne Migrationshintergrund. Hier steckt ein enormes Arbeitskräftepotential für Deutschland. Auch da Fachkräfte mit Migrationshintergrund oftmals mehrsprachig sind und über interkulturelle Kompetenzen verfügen (Quelle: RKW Kompetenzzentrum).

**Deutsche Unternehmen im Ausland stehen zu Nachhaltigkeit.** Eröffnen deutsche Unternehmen Niederlassungen im Ausland, legen sie auch dort Wert auf Nachhaltigkeit. Laut einer aktuellen Studie übertragen knapp 85 Prozent der befragten Firmen ihre ökologischen Standards auf die Niederlassungen im Ausland; 81 Prozent wenden zudem die gleichen sozialen Standards für Mitarbeiter im In- und Ausland an. Ihr Engagement ist bei den befragten Unternehmen zudem langfristig angelegt. Über 62 Prozent sind bereits zehn und mehr Jahre im Gastland vertreten; nahezu alle Unternehmen planen eine dauerhafte Präsenz. Diese langfristige Perspektive unterstreichen auch die Anstrengungen, die unternommen werden, um Mitarbeiter vor Ort zu qualifizieren: Nahezu zwei Drittel der befragten Firmen (65,2 Prozent) haben ein eigenes Fortbildungssystem im Gastland aufgebaut, um das hohe Niveau der deutschen Bildungsabschlüsse zu erreichen. Befragt wurden Firmen mit Niederlassungen in China, Brasilien, Indien, Mexiko, der Türkei, Südafrika und Malaysia. Diese Länder vereinen rund 80 Prozent der deutschen Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern auf sich. (Quelle: IW Consult)

## Wussten Sie schon, dass...

**Auf dem Südostturm des Reichstagsgebäudes weht seit dem 9. Mai 2011 keine Deutschlandflagge mehr.** Diese wurde auf Initiative des Parlamentspräsidenten durch eine Europaflagge ersetzt.



### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

[uwe.lagosky@bundestag.de](mailto:uwe.lagosky@bundestag.de)







*Die Europaflagge auf dem Reichstagsgebäude*

**Auf den vier Türmen des Reichstages stehen jeweils vier Steinfiguren.** Diese sechzehn Figuren symbolisieren Handel und Schifffahrt, Großindustrie, Klein- und Hausindustrie, Elektrotechnik (alle am Nordwestturm), Erziehung, Unterricht, Kunst, Literatur (alle am Nordostturm), Wehrkraft zu Lande, Wehrkraft zur See, Rechts-pflege, Staatskunst (alle am Südost-turm), Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, und Bierbrauerei (alle am Südwest-turm).

### Veranstaltungshinweis

**Erster Bürgerdialog Standortsuche der Endlagerkommission.** Liebe Leser und Leserinnen, gerne möchte ich Sie auf den ersten "Bürgerdialog Standortsuche" in Berlin aufmerksam machen. Die Veranstaltung wird durch die Endlagerkommission organisiert und findet am 20. Juni 2015 in Berlin statt. Da die Veranstaltung auf maximal 200 Teilnehmer angelegt ist, lohnt sich eine zügige Anmeldung.

Im Sommer 2013 haben Bundestag und Bundesrat das Standortauswahlgesetz verabschiedet und damit einen Neuanfang bei der Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle eingeleitet. In einem parteiübergreifenden Konsens hat man sich auf ein ergebnisoffenes, wissenschaftsbasiertes Verfahren und eine vergleichende Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle geeinigt, bei der die Öffentlichkeit in allen Phasen des Verfahrens informiert und beteiligt werden soll. Die dem eigentlichen Endlagersuchverfahren vorgeschaltete Kommission „Lagerung hoch-

radioaktiver Abfallstoffe“ hat u.a. die Aufgabe, Empfehlungen für ein solches Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit am Endlagersuchverfahren zu erarbeiten.

Im Anhang finden Sie das Programm der Veranstaltung und Informationen zur Anmeldung.

### Zum Schluss, doch nicht das Letzte

**Vicky Wollny geht in Elternzeit.** Meine Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Frau Vicky Wollny, ging Ende dieser Woche in den Mutterschutz und wird im Anschluss daran ihre Elternzeit bis Ende Juni 2016 antreten. Für diese Zeit wünsche ich Frau Wollny alles erdenklich Gute und freue mich auf ihre Wiederkehr im kommenden Jahr.



*Uwe Lagosky mit Vicky Wollny*



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

